

Einleitung: Sozialer Staat, soziale Gesellschaft?

Andrea Gawrich/Wilhelm Knelangen

Der Sozialstaat ist seit seinen Anfängen ein umstrittenes Projekt (Ritter 1991; Eichenhofer 2007). Deshalb ist es kein Zufall, dass dem Für und Wider sozialpolitischer Maßnahmen in Programm und Regierungspraxis politischer Parteien traditionell eine hervorgehobene Bedeutung zukommt. Die Positionierung zur sozialen Ordnung, zur Verteilung des gesellschaftlichen Einkommens und zur Struktur der sozialen Sicherung ist ein zentraler Faktor für die Identität von Parteien (Seeleib-Kaiser u.a. 2008). Umgekehrt beurteilen Wählerinnen und Wähler die Angebote der politischen Lager nicht zuletzt nach ihren sozialpolitischen Profilen. Dass seit einigen Jahren in Deutschland und in vielen anderen Ländern über Reformen der Alterssicherung, der Krankenversicherung und der Arbeitslosenversicherung kontrovers diskutiert wird, ist deshalb zunächst wenig überraschend. Im Unterschied zu früheren Debatten scheinen aber inzwischen die Grundlagen des Sozialstaates insgesamt zur Disposition zu stehen. Die Vielfalt der Schlagworte, Attribute und Begriffe, mit denen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung wie in der wissenschaftlichen Analyse versucht wird, die jüngeren Entwicklungen in diesem Politikbereich einzufangen, zeigen dies an. Längst ist die „Krise des Sozialstaats“ zur Standardformel geworden, die Forderungen nach einem – je nach Standort – Um-, Aus-, Rück- oder Neubau in der Sozialpolitik einleitet. In der sozialwissenschaftlichen Debatte wird beispielsweise ein Wandel „vom Sozialstaat zum Sicherungsstaat“ (Nullmeier/Rüb 1993) diagnostiziert, wohingegen andere einen Übergang „vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat“ (Heinze u.a. 1999), einen Weg zur „Ökonomisierung und Entgrenzung“ (Evers/Heinze 2008) oder eine Tendenz vom fürsorgenden zum „aktivierenden Sozialstaat“ (Mezger/West 2000) ausmachen. Während einerseits das Bild einer „Teilhabegesellschaft“ als „Modell eines neuen Wohlfahrtsstaates“ (Grözinger u.a. 2006) entworfen wird, ist andererseits von einer „Neuerfindung des Sozialen“ im „flexiblen Kapitalismus“ (Lessenich 2008) die Rede.

So unterschiedlich die politischen und analytischen Perspektiven auf den Sozialstaat auch sind, so offensichtlich ist doch, dass zumindest in den westlichen Demokratien über die Tatsache eines tief greifenden Wandels der Grundlagen sozialpolitischen Handelns weitgehende Einigkeit herrscht. Die

Palette der Ursachen für den Wandel deutscher und europäischer Wohlfahrtsstaatlichkeit ist breit und kann hier nur unvollständig benannt werden: Auf der einen Seite zeigt sich ein erheblicher gesellschaftlicher Wandel beispielsweise durch die demographischen Herausforderungen einer sich dramatisch verschiebenden Alterspyramide, durch die Auflösung traditioneller Familien- und Milieustrukturen und allgemeine Tendenzen der Individualisierung. Auf der anderen Seite werden Sozialstaatsreformen mit dem exogenen Druck internationaler Wettbewerbsfähigkeit begründet, nicht selten verbunden mit (neo)liberalen Politikkonzepten. Nicht zuletzt sind die Spielräume der nationalen Finanzhaushalte durch hohe Staatsverschuldung und erhebliche Arbeitslosenquoten begrenzt.

Wenn es um die Dimensionen der Veränderung geht, stehen in der öffentlichen Diskussion die Einschnitte in den Sozialleistungen bzw. die Erhöhung der Beiträge zu den Sozialversicherungen im Vordergrund. Aber dieser bereits seit den 1970er Jahren einsetzende Trend, der als Wende von einer „ausgabenorientierten Einnahmepolitik“ zu einer „einnahmeorientierten Ausgabenpolitik“ beschrieben worden ist, erklärt die Wahrnehmung eines grundlegenden Wandels des Sozialstaats nur zum Teil. Hinzu kommt die Veränderung der sozialpolitischen Leitbilder, Legitimationsideen und Solidaritätsvorstellungen. Eine zentrale Rolle spielt dabei die größere Eigenverantwortung, die inzwischen in allen westlichen Demokratien von der Bevölkerung erwartet wird. Das gilt zunächst in finanzieller Hinsicht, weil die obligatorischen Leistungen der Sozialversicherungen in Richtung einer Grundversorgung entwickelt worden sind, die durch eigene Vorsorge ergänzt werden muss. Die Strategien „aktivierender“ Sozialpolitik lassen überdies Elemente einer so genannten Rekommodifizierung erkennen, indem die Gewährung von sozialen Leistungen wieder stärker von erworbenen Ansprüchen abhängig gemacht wird. Der Gedanke der individuellen Vorsorge weitet sich jedoch bis in den Bereich des persönlichen Handelns aus. Bürger sollen flexibel, mobil und anpassungsfähig sein, um neuen Herausforderungen begegnen zu können. Damit wird nach der Analyse von Lessenich (2008) das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft umgekehrt, weil die neue Lesart des Sozialstaats den Bürger in die Pflicht nimmt, die gesellschaftliche Wohlfahrt zu mehren. Je nach nationaler Ausgangslage zeigt dieser grundlegende Wandel unterschiedliche Spielarten: Sei es der britische „Third Way“, der Wandel des viel gerühmten „nordischen Modells“ nach den Wirtschaftskrisen der 90er Jahre, die bundesdeutsche Agenda 2010 oder die Anpassung der Sozialsysteme in den neuen östlichen EU-Staaten – Flexibilisierung, Ökonomisierung und Risikoindividualisierung scheinen die neuen Leitkategorien der sozialpolitischen Reformen zu sein. Das zeigt sich nicht zuletzt auch in den sozialpolitischen Harmonisierungsbemühungen auf Ebene der EU.

Vor diesem Hintergrund werden in diesem Band die Entwicklungen des Sozialstaats in Deutschland und Europa analysiert. Leitfrage ist dabei, inwie-

fern die Rede von der „Krise“ und dem grundlegenden Wandel des Sozialstaats gerechtfertigt ist, welche Ausprägungen diese Entwicklungen zeigen und welche Zukunftsperspektiven sich abzeichnen.

Im *ersten Teil* des Bandes geht es um die historischen und gesellschaftlichen Grundlagen. Die Entwicklungspfade des deutschen Sozialstaates analysiert der Beitrag von *Anja Kruke*. Obwohl die gesetzliche Absicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Invalidität und Altersarmut in der Ära Bismarck keine „Stunde Null“ darstellte, prägen die Reformen der 1880er Jahre das Gesicht der deutschen Sozialpolitik bis heute. Die Konturen des „konservativen Wohlfahrtsstaates“, der auf dem Versicherungsprinzip, der Beitragsfinanzierung und ständischen Organisationsformen basiert, sind in der Weimarer Republik mit der Einführung einer Arbeitslosenversicherung geschärft worden, bevor auch die Sozialpolitik in den Dienst der nationalsozialistischen Herrschaft gestellt wurde. Auf der Grundlage eines breiten politischen Konsenses habe nach dem Zweiten Weltkrieg eine „Eigendynamik der lückenlosen Absicherung“ eingesetzt, in deren Verlauf der Sozialstaat über die Bismarckschen Grundlagen weit hinaus wuchs. Die 1970er Jahre stellten schließlich eine „Wasserscheide“ dar, denn seitdem werde nicht mehr über den Ausbau, sondern über Notwendigkeit und Ausmaß von Kürzungen der sozialpolitischen Leistungen diskutiert. Kruke sieht trotz der jüngeren Reformen die Momente der Kontinuität überwiegen. Sie spricht sich aber dagegen aus, das Argument der „Pfadabhängigkeit“ überzustrapazieren, da es den Spezifika der historischen Konstellationen wie auch den Spielräumen der handelnden Akteure zu wenig Gewicht einräume.

Michael Vester untersucht in seinem Beitrag den Wandel der deutschen Gesellschaftsstruktur und die Auswirkungen dieses Wandels auf die sozialpolitische Agenda. Ausgangspunkt seiner Betrachtung ist das „soziale Paradox des Kapitalismus“. Die Gesellschaft als ganze werde zwar immer produktiver und wohlhabender, die soziale Situation der mittleren und unteren Ränge sei aber zusehends durch Verlust und Unsicherheit gekennzeichnet. Das soziale Integrationsprojekt der Bundesrepublik verliere deshalb an Glaubwürdigkeit. Einen besonderen Stellenwert misst Vester der Agendapolitik der rot-grünen Bundesregierung zu, weil diese für die „Arbeitnehmermitte“ für den Fall der längeren Arbeitslosigkeit nicht mehr die Statussicherung, sondern nur noch Minimalstandards in Aussicht stellte. Weit über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus sei diese Politik als Verletzung der grundlegenden Prinzipien der „Statussicherung und Leistungsgerechtigkeit“ erfahren worden. Der politische Kampf um die soziale Gerechtigkeit hat sich nach Vesters Analyse in den letzten Jahren verschärft. Im Unterschied zu früheren Phasen gehe es dabei nicht nur um die Chancengleichheit der unteren Bevölkerungsschichten, sondern der Streit betreffe nunmehr die großen Milieus der gesellschaftlichen Mitte. Auf der Grundlage seiner Forschungen zur deutschen Sozialstruktur diskutiert Vester, wie sich die Angehörigen

verschiedener sozialer Milieus zu diesen Fragen positionieren und welche Leitideen für die Gestaltung der sozialpolitischen Ordnung sie vertreten. Dabei wird deutlich, dass die Aussichten für einen neuen „historischen Kompromiss“ in der Sozialpolitik unklar sind. Die Auseinandersetzungen verlaufen nicht entlang von Milieugrenzen, sondern werden durch politische Lager strukturiert, die die Milieus übergreifen.

Der erste Teil wird abgeschlossen mit dem Beitrag von *Wolfgang Schroeder und Arijana Neumann* über demographischen Wandel und Sozialstaatlichkeit. Obwohl weltweit ein erhebliches Bevölkerungswachstum zu konstatieren ist, schrumpft die europäische Bevölkerung kontinuierlich. Die dramatischen Folgen einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft wurden in Deutschland vergleichsweise spät debattiert, und erst seit den 1990er Jahren wurde der demographische Faktor Bestandteil strategischer Entscheidungen in der Sozialpolitik. Zu den ersten Politikentscheidungen, die den demographischen Wandel explizit einbeziehen, gehören insbesondere die Rentenreform und die Einführung der Pflegeversicherung. Die Autoren weisen da-rauf hin, dass dieses Politikfeld durch zwei Tendenzen geprägt sei: Zum einen würden politische Pläne durch sich stark widersprechende demographische Prognosen erschwert. Zum anderen beschränke sich der Umgang mit den politischen Herausforderungen einer älteren und schrumpfenden Gesellschaft bislang primär auf die Strategie der Ausgabenkonsolidierung. Hingegen werde kaum über qualitative Herausforderungen einer alternden Gesellschaftsstruktur nachgedacht.

Im zweiten Teil des Bandes stehen Analysen zu den einzelnen Politikfeldern des deutschen Sozialstaats im Mittelpunkt. An den Beginn seiner Analyse zur Rentenpolitik stellt *Stephan Köppe* die These, dass von der Reformfähigkeit der Alterssicherung die Zukunft des Sozialstaates insgesamt abhängen. Er zeigt, dass das deutsche Rentensystem im Wesentlichen drei Säulen aufweist. Ursprünglich fußte die Rente auf den Beiträgen der Versicherten. Nach der Reform von 2001 sind mit der bedarfsgeprüften Grundsicherung und der „Riester-Rente“ zwei Säulen hinzugekommen. Köppe diskutiert die Auswirkungen der jüngeren Reformen und plädiert für neue Wege in der Rentenpolitik. Die Grundsicherung solle zu einer steuerfinanzierten Grundrente ausgebaut werden, die Rentenversicherung auch auf bisher nicht einbezogene Gruppen erweitert und damit finanziell abgesichert werden. Die „Riester-Rente“ leide vor allem an zu geringer Transparenz und müsse besser mit den beiden anderen Säulen verzahnt werden. Kurzfristig sei das jedoch kaum zu erreichen: Das Rentensystem trage eine 120-jährige Geschichte mit viel Ballast mit sich, der nicht von heute auf morgen abgeschüttelt werden könne.

Als einen Politikbereich in der medialen und wissenschaftlichen Dauerkritik charakterisiert *Per Hedde* die Gesundheitspolitik. Zwar weist das Krankenversicherungssystem eine erstaunliche Kontinuität auf, weil es im

Kern nach Mechanismen organisiert ist, die bereits bei seiner Entstehung in den 1880er Jahren angelegt waren. Mit über 40 kleineren und größeren Reformen habe der Gesetzgeber aber seit den 1970er Jahren versucht, auf die Herausforderungen der Gesundheitspolitik – Finanzierbarkeit, gerechte Verteilung der Kosten und gleicher Zugang zu Leistungen, Sicherung der Qualität der Krankenversorgung – zu reagieren. Für Hedde ist der Erfolg allerdings begrenzt. Hervorzuheben sei das hohe Leistungsniveau des deutschen Gesundheitssystems, doch gehe dieses einher mit weiterhin steigenden Beiträgen und einer unsolidarischen Struktur der Finanzierung der Krankenversicherung. Heddes Fazit der Reformvorschläge aus den Parteien fällt nüchtern aus. Da sich im politischen Raum gegensätzliche Modelle gegenüberstünden, seien lediglich Kompromisse auf kleinstem Nenner möglich. Die Einführung des Gesundheitsfonds durch die Große Koalition gebe denn auch keine befriedigende Antwort auf die gesundheitspolitischen Herausforderungen, insbesondere mit Blick auf die Finanzierung.

Einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik stellt *Jörg Althammer* fest. Dieser Wechsel lasse sich auf drei Ebenen festmachen. Erstens richteten sich die neuen familienpolitischen Maßnahmen nicht mehr auf die Institution der Familie insgesamt, sondern auf die Förderung von einzelnen ihrer Mitglieder, insbesondere der Erziehungspersonen. Zweitens habe ein Wandel der Begründungsmuster der Familienpolitik stattgefunden. Während familienpolitische Leistungen traditionell als Ausgleich ökonomischer Belastungen durch die Geburt und Erziehung von Kindern gerechtfertigt worden seien, würden sie seit den 1980er Jahren mit der Absicherung der umlagefinanzierten Sicherungssysteme legitimiert. Drittens sei eine Neuorientierung des familienpolitischen Leitbilds zu konstatieren. Bis vor wenigen Jahren habe die Politik auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien gesetzt, nunmehr gehe es gezielt um die nachhaltige Sicherung der Geburtenrate, das Bemühen um die Gleichstellung der Frauen und die Beseitigung von Kinderarmut. Obwohl die Grundsätze der Familienpolitik nach wie vor politisch umstritten und die Politikergebnisse deshalb widersprüchlich sind, kann Althammer doch eine erstaunliche Konstante beobachten: die zunehmende Entlastung von Familien mit höheren Einkommen.

Dass Jugend- und Bildungspolitik nicht nur ergänzende Varianten der Sozialpolitik sind, sondern eigenständige Politikfelder mit eigener Geschichte, zeigen *Tanja Betz* und *Thomas Rauschenbach* in ihrem Beitrag. Jugendpolitische Initiativen lassen sich zwar bis an den Anfang des 20. Jahrhunderts zurückverfolgen, die personelle Expansion und inhaltliche Ausdifferenzierung, die das Bild der Kinder- und Jugendpolitik bis in die Gegenwart kennzeichnen, begannen aber erst in den 1960er Jahren. Die Bildungspolitik hat demgegenüber eine wesentlich längere Geschichte. Schon früh setzte dabei der Staat die Schulpflicht gegen das Erziehungsmonopol der Eltern durch. Obwohl beide Politikbereiche eine große inhaltliche Schnittmenge und im

Wesentlichen den gleichen Adressatenkreis aufwiesen, hätten sich Jugend- und Bildungspolitik nicht nur getrennt voneinander entwickelt, auch die fachlichen und politischen Diskurse würden bis heute getrennt geführt. Am Beispiel des defizitären Zusammenspiels von vorschulischer und schulischer Erziehung sowie der Rolle der Schulsozialarbeit zeigen Betz und Rauschenbach, dass eine aufeinander bezogene Problembearbeitung angezeigt wäre.

Im dritten Teil des Bandes wird die deutsche Sozialpolitik in den europäischen Kontext gestellt. *Jana Windwehr* zieht eine aktuelle Bilanz des Sozialstaatsmodells nordeuropäischer Staaten, die vielfach als Vorbild galten und gelten, weil sie ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Gleichberechtigung mit Wettbewerbsfähigkeit, hohen Erwerbsquoten und stabilem Wirtschaftswachstum verbanden und zum Teil noch verbinden. Sie legt dar, dass die skandinavischen Sozialsysteme einer Gesellschaftskultur entsprechen, in der eine möglichst universelle Einbindung der Bürger, das Vollbeschäftigungsziel, ein ausgeprägter öffentlicher Sektor sowie eine steuerbasierte Sozialversicherung einen hohen Stellenwert haben. Bekanntermaßen haben die Wirtschaftskrisen der 1980er und 1990er Jahre zu einem Wandel der Sozialsysteme und zu Leistungskürzungen geführt. Windwehr konstatiert, dass dies jedoch keinen grundlegenden Wandel der nordeuropäischen Sozialmodelle bedeute und der universalistische Anspruch nicht aufgegeben worden sei – trotz einer stärkeren Bindung von Sozialleistungen an Beschäftigung. Übertragungsversuche dieses regionalen Erfolgsmodells auf andere Staaten schienen jedoch, abgesehen von einzelnen Impulsen, nur begrenzt Erfolg versprechend.

Der Beitrag von *Björn Hacker* lenkt den Blick von Nordeuropa zu den Sozialsystemen Ostmittel- und Osteuropas und analysiert Altersrenten, Gesundheitsversorgung und Schutz vor Arbeitslosigkeit in den zehn neuen östlichen Mitgliedsstaaten der EU. Diese Staaten standen Anfang der 90er Jahre gleichzeitig vor der Umstellung von der Plan- zur Marktwirtschaft und dem Umbau der Sozialsysteme. Die anfänglichen ökonomischen Krisen der Transformationszeit und die hohe gesellschaftliche Akzeptanz sozialistischer Sozialleistungen hätten dabei konzise Reformstrategien verhindert. Die Bandbreite der Reformentscheidungen ist groß. Abgesehen von der Tschechischen Republik und Slowenien haben sich alle östlichen neuen EU-Staaten für einen Wechsel vom Umlageverfahren hin zu einem Mehrsäulenmodell entschieden. Die Reformen sind jedoch von zahlreichen Problemen begleitet. Beispielsweise scheint nur Lettland in der Rentenpolitik eine Balance zwischen Ausgaben und Einnahmen gefunden zu haben – auch bedingt durch eine günstige Altersstruktur. Im Bereich der Gesundheitsversorgung seien westeuropäische Ansätze kopiert worden, ohne jedoch über eine adäquate Infrastruktur zu verfügen. Aufgrund der Tradition kostenloser sozialistischer Gesundheitsversorgung sei man bislang sehr zögerlich mit der formalen Risikoprivatisierung gewesen – ohnehin sei de facto Gesundheitsversor-

gung vielfach nicht ohne Korruption und somit private Kosten denkbar. Da es im realen Sozialismus per Definition keine Arbeitslosigkeit gab, musste ihre soziale Abfederung nach 1989 neu aufgebaut werden. Dabei standen in allen zehn MOEL Arbeitslosenversicherungen nach westeuropäischem Modell Pate. Obwohl bis auf Polen und die Slowakei die Arbeitslosenquoten erheblich gesenkt werden konnten, schränkten alle Staaten ihre Leistungen durch permanenten Wandel der Sozialsysteme nach und nach ein.

Anja Franke legt in ihrem Beitrag über postsowjetische Sozialsysteme dar, dass diese durch einen langsamen Wandel und einen sehr heterogenen, wenig ausgereiften Mix von Politikinstrumenten sowie paternalistische Ansätze geprägt sind. So seien sie letztlich schwer mit westlichen Modellen vergleichbar. Die soziale und wirtschaftliche Ausgangslage in den Staaten der GUS sei überdies ungleich problematischer als in den neuen östlichen EU-Staaten. Die postsowjetischen Sozialsysteme wiesen mehrere Paradoxien auf: Zwar gebe es eine deutliche Abkehr vom sowjetischen System kostenfreier Sozialversorgung, jedoch seien viele soziale Risiken de facto privatisiert, d.h. Armut durch Alter oder Arbeitslosigkeit lässt sich eher durch private Netzwerke denn durch Staatsleistungen abfedern. Gleichzeitig existierten in vielen postsowjetischen Staaten gezielte Subventionsstrategien, bspw. für Rentner, Familien oder Polizisten, die eher der (kurzfristigen) Herrschaftssicherung autoritärer Regierungen als der sozialen Sicherung bestimmter Gruppen dienten und somit mit gängigen sozialpolitischen Ansätzen wenig gemein hätten.

Im Anschluss an diese Regionalanalysen zieht *Klaus Busch* eine kritische Bilanz sozialpolitischer Steuerung auf EU-Ebene und stellt Thesen zu einem alternativen Koordinierungsmodell vor. Er zieht eine Zwischenbilanz des verbreiteten Rückbaus von Renten-, Arbeitslosen- und Gesundheitsleistungen in der EU der 27. Er sieht eine breite Tendenz zu Liberalisierungen, basierend auf zunehmendem Wettbewerbsdruck. Busch schlägt ein so genanntes Korridor-Modell vor, das vorsieht, dass die Sozialleistungsquoten der EU-Mitglieder in Abhängigkeit vom jeweiligen Pro-Kopf-Einkommen in einem festzulegenden Korridor schwanken dürfen. Dies ermögliche zum einen eine Art sozialpolitischen EU-Stabilitätspakt, zum anderen eine enge Anbindung an die spezifische Wirtschaftsentwicklung des einzelnen Landes. Kernziel dieses Regulierungskonzeptes ist die Verhinderung von Sozialdumping – eine realistische Umsetzungsperspektive in einer EU-27 sieht er allerdings nicht.

Abschließend befasst sich *Uta Klein* mit den geschlechterpolitischen Wirkungen sozialstaatlichen Handelns. Sie betrachtet ausgewählte EU-Mitgliedsstaaten sowie entsprechende Konzepte in der EU selbst. Bei der Frauenerwerbsquote liegt Deutschland im Mittelfeld und ist einer von 13 Mitgliedstaaten der EU-27, die das Ziel der Lissabon-Strategie einer Frauenbeschäftigungsrate von mindestens 60 Prozent erreicht haben. Jedoch: die

Teilzeitquote von Frauen in Deutschland ist die zweithöchste im EU-Vergleich. Die Grundanlage des deutschen Sozialstaats basiere stark auf dem Modell des Vollzeit arbeitenden verheirateten männlichen Familienernährers. Der tatsächliche europäische Leitbildwandel schlage sich nur langsam in allen Bereichen der Sozialpolitik nieder – Ausnahmen seien die skandinavischen Staaten. Uta Klein sieht die Geschlechterpolitik dennoch als den erfolgreichsten Bereich der EU-Sozialpolitik, insbesondere durch das Diskriminierungsverbot (vor allem in der Arbeitsmarktpolitik) und die Einführung des *gender mainstreaming*.

Die Idee zu diesem Band entstand im Kontext einer Ringvorlesung des Faches Politikwissenschaft zum Thema „Sozialer Staat, soziale Gesellschaft. Alte und neue Herausforderungen der Sozialpolitik“ an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel im Sommersemester 2007. Unser Dank gilt den Autorinnen und Autoren für ihre anregenden Beiträge sowie der Hans-Böckler-Stiftung, die sowohl die Ringvorlesung als auch die Entstehung dieses Bandes unterstützt hat. Ein weiterer Dank gilt Michael Holldorf (Kiel) für die Hilfe bei der Erstellung des Typoskripts sowie dem Verlag Barbara Budrich, insbesondere unserem Lektor Niklaas Haskamp, für die erfreuliche Zusammenarbeit.

Literatur

- Eichenhofer, Eberhard (2007): Geschichte des Sozialstaats in Europa. Von der „sozialen Frage“ bis zur Globalisierung. München.
- Evers, Adalbert/Heinze, Rolf G. (Hrsg.) (2008): Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung. Wiesbaden.
- Grözinger, Gerd/Maschke, Michael/Offe, Claus (2006): Die Teilhabegesellschaft. Modell eines neuen Wohlfahrtsstaates. Frankfurt/Main.
- Heinze, Rolf G./Schmid, Josef/Strünck, Christoph (1999): Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in den 90er Jahren. Opladen.
- Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld.
- Mezger, Erika/West, Klaus W. (Hrsg.) (2000): Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln. Marburg.
- Nullmeier, Frank/Rüb, Friedbert W. (1993): Die Transformation der Sozialpolitik. Vom Sozialstaat zum Sicherungsstaat. Frankfurt/Main.
- Ritter, Gerhard A. (1991): Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich. 2. Aufl. München.

Seeleib-Kaiser, Martin/van Dyk, Silke/Roggenkamp, Martin (2008): Party Politics and social welfare. Comparing Christian and social democracy in Austria, Germany and the Netherlands. Cheltenham u.a.